

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: Aufschwung setzt sich fort

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1994) : Bundesrepublik Deutschland: Aufschwung setzt sich fort, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 4, pp. 411-432

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1625>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesrepublik Deutschland: Aufschwung setzt sich fort

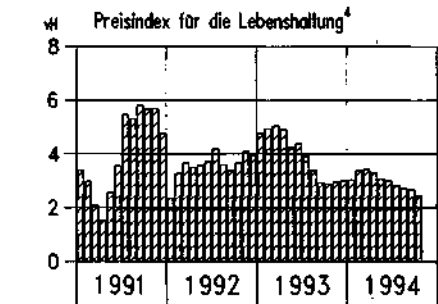
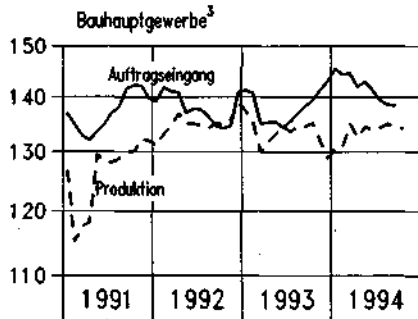
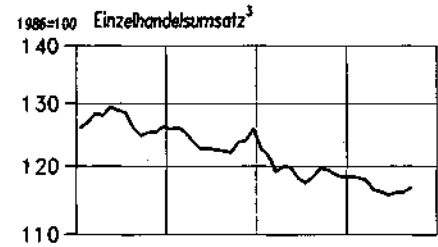
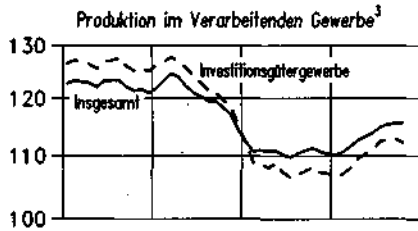
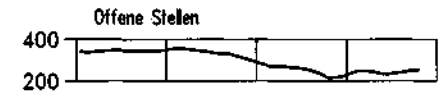
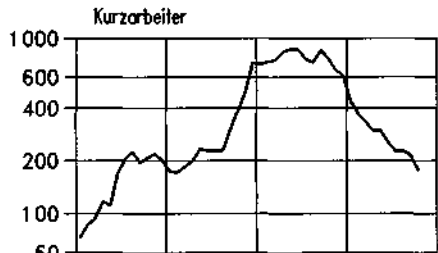
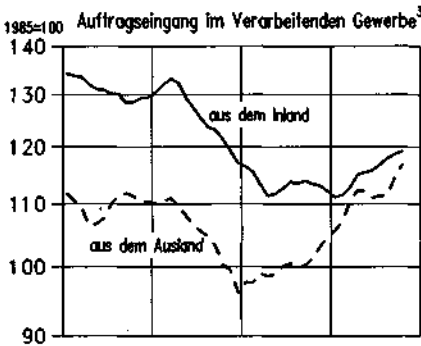
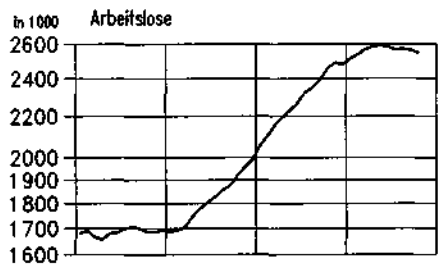
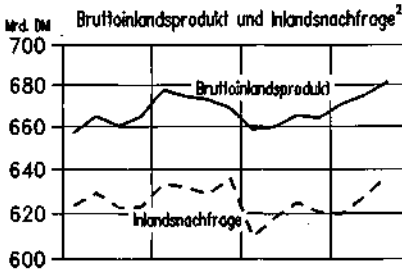
Von **Alfred Boss, Jörg Döpke, Malte Fischer, Jörg W. Krämer,
Enno Langfeldt und Klaus-Werner Schatz**

Die deutsche Wirtschaft expandiert deutlich. In den alten Bundesländern hat der konjunkturelle Aufschwung, der Ende 1993 eingesetzt hatte, im Verlauf des Jahres 1994 an Tempo und an Breite gewonnen. Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im dritten Quartal gegenüber dem Niveau im Vorquartal mit einer laufenden Jahresrate von rund 4 vH; im ersten Halbjahr hatte die Rate 2,5 vH betragen. Damit ist die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung nunmehr bereits drei Quartale in Folge gestiegen. Nach Einschätzung der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ist der Nutzungsgrad der Sachanlagen derzeit bereits höher als im langjährigen Durchschnitt. Nachdem die Impulse für die Konjunkturerholung zunächst vorrangig von der Auslandsnachfrage ausgingen, nimmt nunmehr zudem die Binnennachfrage kräftig zu. Die Unternehmen haben im Sommerhalbjahr ihre Vorräte spürbar aufgestockt und die Investitionstätigkeit verstärkt. Im dritten Quartal sind auch die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte merklich gestiegen. Mit der Belebung der Produktion hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt leicht gebessert. Der Rückgang der Zahl der Beschäftigten ist im Herbst zum Stillstand gekommen, und die Zahl der Arbeitslosen verringert sich seit dem Frühjahr (Schaubild 1). Der Preisauftrieb auf der Konsumentenebene hat sich auf eine laufende Jahresrate von zuletzt rund 2 vH zurückgebildet. Es deutet jedoch einiges darauf hin, daß der Tiefpunkt der Inflation schon bald erreicht wird: Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte erhöhen sich seit Mitte dieses Jahres; für die kommenden Monate erwarten die Unternehmen stärkere Anhebungen.

In den neuen Bundesländern hat sich die lebhaft wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung fortgesetzt. Das reale Bruttoinlandsprodukt nimmt in diesem Jahr mit einer laufenden Jahresrate von rund 9 vH zu. Wie im Westen wird die Expansion vor allem vom Produzierenden Gewerbe getragen: Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe war im dritten Quartal um 17,5 vH höher als im Vorjahr; die Bautätigkeit ist im gleichen Zeitraum um 11 vH gestiegen (Schaubild 2). Die Wirtschaft in Ostdeutschland profitiert in diesem Jahr von der konjunkturellen Erholung in Europa, welche die Absatzchancen verbessert hat. Die starke Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivität spiegelt aber vor allem die Fortschritte bei wirtschaftlichen Umstrukturierungen wider. Die umfangreichen Investitionen in den vergangenen Jahren und die rasche Privatisierung zahlen sich vermehrt aus. Insbesondere sind viele neue, hochproduktive Fertigungsanlagen in Betrieb genommen worden. Freilich geht die lebhaft Investitionstätigkeit im wesentlichen auf die massiven staatlichen Fördermaßnahmen für die Unternehmen in den neuen Bundesländern zurück. Trotz des starken Produktionszuwachses ist die Zahl der Beschäftigten nur geringfügig gestiegen.

Schaubild 1

Indikatoren¹ zur Konjunktur in Westdeutschland

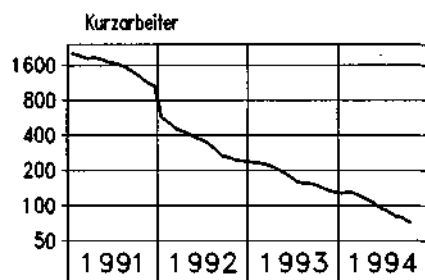
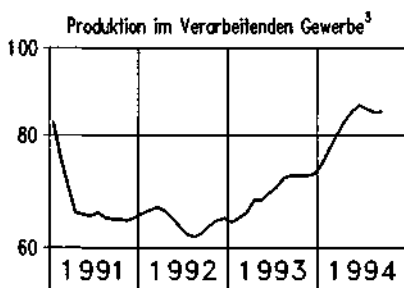
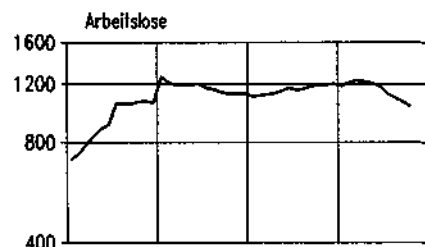
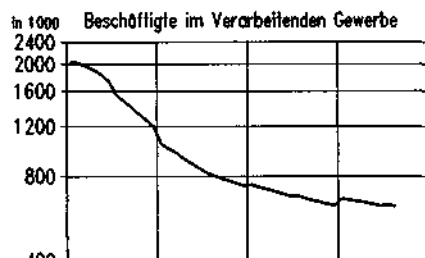
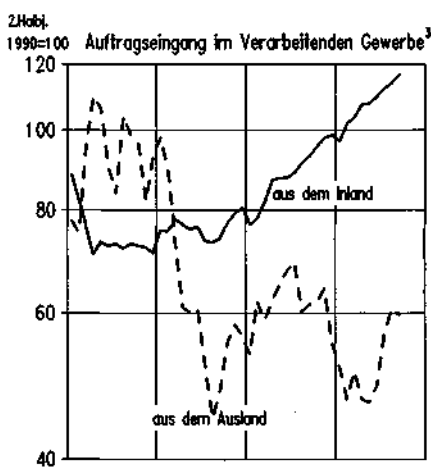
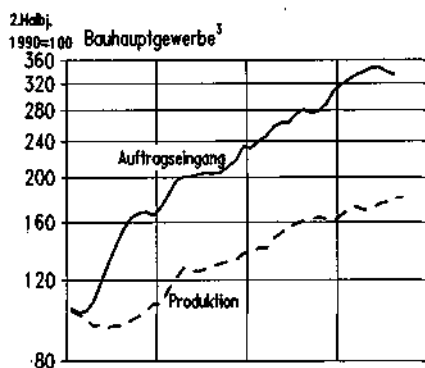
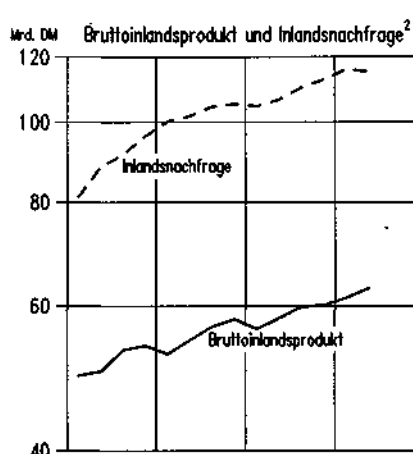


¹ Saisonbereinigt. - ² in Preisen von 1991. - ³ Real; gleitender Dreimonatsdurchschnitt. - ⁴ Veränderung in den letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.



Schaubild 2

Indikatoren¹ zur wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland



¹ Saisonbereinigt. - ² in Preisen von 1991. - ³ Gleitender Dreimonatsdurchschnitt.



Die Zahl der Arbeitslosen sinkt seit dem Frühjahr und war im Oktober um rund 165 000 niedriger als vor Jahresfrist. Dazu hat allerdings beigetragen, daß die Zahl der in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigten Personen spürbar ausgeweitet worden ist.

Konjunkturelle Rahmenbedingungen bleiben günstig

Die konjunkturellen Indikatoren lassen erwarten, daß der deutliche Aufwärtstrend der deutschen Wirtschaft im Winterhalbjahr anhält. Die aktuelle Geschäftslage wird nicht nur im Westen, sondern erstmals auch im Osten als weitgehend befriedigend angesehen, die künftige Entwicklung wird zuversichtlich beurteilt. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe haben bis zuletzt deutlich zugenommen. Dabei ist in den alten Bundesländern seit dem Frühjahr auch die Binnennachfrage eindeutig aufwärtsgerichtet, und die Bestellungen aus dem Ausland, die im Sommerhalbjahr vorübergehend stagniert hatten, setzten die Aufwärtsentwicklung fort, die zur Jahreswende 1992/93 begonnen hatte. In den neuen Bundesländern steigen die Auftragseingänge aus dem Inland kontinuierlich. Die Bestellungen aus dem Ausland sind nach wie vor unstetig und haben sich noch nicht nachhaltig erholt. Allein die Nachfrage nach Leistungen des westdeutschen Bauhauptgewerbes hat sich im Verlaufe dieses Jahres abgeschwächt; freilich hatte es hier am Ende des vergangenen Jahres wegen des Auslaufens steuerlicher Vergünstigungen einen ausgeprägten Nachfrageschub gegeben.

Für das kommende Jahr bleiben wichtige konjunkturelle Rahmenbedingungen günstig. Die Bundesbank hat ihre Leitzinsen bis Mitte dieses Jahres gesenkt, die Geldmarktzinsen haben sich auf rund 5 vH ermäßigt. Nachdem die Zinsstruktur noch zu Beginn dieses Jahres leicht invers war, sind die Kapitalmarktzinsen nunmehr um rund 2 Prozentpunkte höher als die Zinsen auf dem Geldmarkt. Damit ist die Spanne ähnlich groß wie zuletzt 1987/88; damals hat sich die Konjunktur in der Folge der geldpolitischen Lockerung spürbar belebt. Auch die Geldmengenentwicklung deutet nach unserem Urteil insgesamt darauf hin, daß die Geldpolitik im kommenden Jahr anregend auf die Binnennachfrage wirken wird. In dieser Prognose wird unterstellt, daß die Bundesbank ihre Leitzinsen im Jahr 1995 etwas anheben wird, daraus resultiert jedoch wohl erst für das Jahr 1996 eine leichte Verlangsamung des konjunkturellen Expansions tempos. Der Anstieg der langfristigen Zinsen in diesem Jahr – er spiegelt neben höheren Inflationserwartungen die weltweit gestiegene Kapitalnachfrage wider – ist nach unserer Einschätzung keine Gefahr für die Fortsetzung des Aufschwungs im kommenden Jahr. Mit den umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen der letzten Jahre und mit den moderaten Lohnsteigerungen sind die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß sich die Sachkapitalrendite spürbar verbessert. Die Tariflohnerhöhungen im Westen werden im kommenden Jahr mit rund 3 vH etwas größer als in diesem Jahr (2 vH) ausfallen, im Osten werden sie mit 7 vH ähnlich hoch wie im Jahr 1994 sein; gleichwohl dürfte 1995 Raum für eine nochmalige Verbesserung der Gewinne vorhanden sein. Neben der Binnennachfrage wird auch die Auslandsnachfrage weiter kräftig zuneh-

men. Der Aufschwung in Westeuropa setzt sich fort, allein die Wirtschaft in Nordamerika dürfte nicht mehr so rasch wie zuvor expandieren. Da die konjunkturelle Belebung in Westeuropa – wie auch die in Deutschland – 1995 zunehmend von den Investitionen getragen werden wird, sind angesichts des hohen Anteils, den Investitionsgüterlieferungen an der deutschen Warenausfuhr haben, die Chancen für eine anhaltend kräftige Zunahme der Exporte günstig.

Von der Finanzpolitik dagegen dürften im kommenden Jahr wiederum dämpfende Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ausgehen. Der Solidaritätszuschlag in Höhe von 7,5 vH der Steuern vom Einkommen wird wieder eingeführt, und die Vermögen- und die Versicherungsteuer werden erhöht, um das Budgetdefizit zu verringern. Auf der Ausgabenseite dürfte der eingeschlagene Sparkurs 1995 fortgesetzt werden.

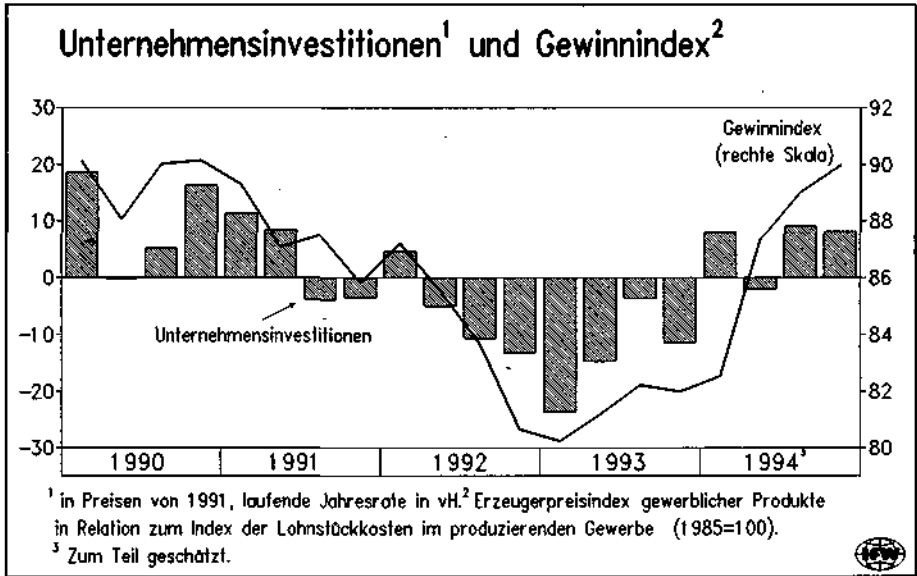
In den neuen Bundesländern festigen sich die Auftriebskräfte weiter. Die Investitionstätigkeit war bis zuletzt kräftig. Im Jahr 1994 wurden 31 vH der nominalen inländischen Verwendung für den Aufbau neuer und die Modernisierung vorhandener Anlagen ausgegeben, verglichen mit 21 vH in den alten Bundesländern. Das hohe Niveau resultiert dabei keineswegs vorrangig aus Wohnbauten oder öffentlichen Investitionen; mit knapp zwei Drittel entfiel der weitaus größte Teil der gesamten Bruttoanlageinvestitionen auf die Investitionen im Unternehmensbereich. Mit dem Aufbau des Kapitalstocks wird die immer noch bestehende Lücke zwischen Löhnen und Produktivität geringer. Erstmals seit der Vereinigung sind im Jahr 1994 die Lohnstückkosten nicht mehr gestiegen, im Jahr 1995 werden sie sogar sinken. Dazu hat beigetragen, daß sich die Angleichung der Löhne im Osten an das Niveau im Westen etwas langsamer vollzieht. Die kräftige Ausweitung der Produktion im industriellen Sektor der neuen Bundesländer wird freilich noch immer von jenen Bereichen getragen, die überwiegend Erzeugnisse für lokale Märkte herstellen und somit aufgrund der Transport- und Transaktionskosten einen Wettbewerbsvorteil genießen [Klodt, Stehn et al., 1994, S. 144].

Investitionen gewinnen an Dynamik

Die Investitionen werden in Deutschland zum Motor des Aufschwungs. Nachdem bisher allein von den Wohnungsbauinvestitionen Impulse ausgingen, expandieren nun die Unternehmensinvestitionen rascher.

In den alten Bundesländern haben sich die Voraussetzungen für zusätzliche Investitionen gebessert: Die Unternehmen konnten bereits in der Rezession über Rationalisierungen die Produktivität steigern, auch waren die Lohnzuwächse geringer als zuvor. In der Folge gingen die Lohnstückkosten zurück, mit steigender Produktion fühlbarer. Im Produzierenden Gewerbe waren die Löhne und Gehälter je Produkteinheit zuletzt um knapp 8 vH niedriger als im ersten Quartal des Jahres und damit um reichlich 10 vH geringer als an ihrem Höhepunkt im ersten Quartal 1993. Die Unternehmen konnten ihre Gewinne kräftig erhöhen, zumal auch die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte wieder leicht stiegen (Schaubild 3). Die Erholung der Gewinne wird sich bei nunmehr beschleunigt steigender Produktion und der absehbaren moderaten Lohnentwick-

Schaubild 3



lung fortsetzen. Die Ertragsperspektiven der Unternehmen sind damit ausgesprochen günstig, die Unternehmensinvestitionen dürften deutlich ausgeweitet werden.

Der Anstieg der Gewinne hat zu einer Vergrößerung der Rendite auf Investitionen in Sachanlagen geführt, die nach unserem Urteil den Anstieg der langfristigen Zinsen seit Jahresbeginn übertrifft. Es ist deshalb unwahrscheinlich, daß die Zinsentwicklung einen Investitionsaufschwung verhindert. Der Attentismus vieler Investoren ist bereits gewichen. Dazu hat auch das anhaltend niedrige Niveau der kurzfristigen Zinsen beigetragen. Es stimuliert für sich genommen Investitionen bei Gütern mit geringer Nutzungsdauer (Straßenfahrzeuge, ADV-Güter), die in konjunkturellen Schwächephasen häufig zugunsten von Geldmarktanlagen verschoben werden. Die Bedeutung solcher Investitionen für die konjunkturelle Entwicklung der Investitionen insgesamt ist groß.

Auch die Absatzerwartungen der Unternehmen haben sich stetig gebessert, und wichtige Indikatoren sprechen für den weiteren Aufschwung der Investitionstätigkeit. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe waren im September um reichlich 13 vH höher als zur Jahreswende. Die Auslastung bestehender Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe hat sich nach der Einschätzung der Unternehmen seit dem dritten Quartal 1993 deutlich verstärkt. Mehr Firmen als zuvor planen eine Ausweitung der Investitionen [DIHT, 1994]. Erstmals seit 1990 wird dabei die Erweiterung der Kapazitäten als Investitionsmotiv wieder häufiger genannt als im Vorjahr.

Für die neuen Bundesländer ist eine anhaltend rasche Ausweitung der Unternehmensinvestitionen zu erwarten. Wichtige Investitionshemmnisse sind erheb-

lich verringert worden: Die Eigentumsverhältnisse sind überwiegend geklärt, viele komplementäre Investitionen in die Bereiche Verkehr und Telekommunikation werden getätigt. Der Kapitaleinsatz wird weiter massiv subventioniert. Eine steigende, wenn auch noch geringe Anzahl der Unternehmen erwirtschaftet Gewinne. Der Optimismus der Unternehmen in Ostdeutschland hat deutlich zugenommen. Sowohl die Beurteilung der Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen weisen in diesem Jahr stark positive Werte auf [Rahneberg, 1994].

Die Bauinvestitionen in Westdeutschland werden 1995 nicht mehr im gleichen Tempo zunehmen wie im Verlauf dieses Jahres. Maßgeblich hierfür ist eine abgeschwächte Expansion des Wohnungsbaus. So sind die Auftragseingänge im Wohnungsbau seit Jahresbeginn bereits leicht rückläufig. Die verhaltene Entwicklung ist vor allem auf den Wegfall des Schuldzinsenabzugs zurückzuführen. Zudem sind im sozialen Wohnungsbau Förderprogramme gekürzt worden. Die Hypothekenzinsen haben sich erhöht, jedoch sind die Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven der privaten Haushalte wieder etwas günstiger, so daß von daher der Eigenheimbau stimuliert wird. Im vierten Quartal dieses Jahres wird es nochmals zu einer vermehrten Produktion im Wohnungsbau kommen, da Projekte aus steuerlichen Gründen noch 1994 beendet werden müssen. Danach ist jedoch eine deutliche Abnahme zu erwarten. In Ostdeutschland wird sich die stürmische Aufwärtsentwicklung des Wohnungsbaus fortsetzen. Die starke Förderung durch die öffentliche Hand, die weiter anregenden Wirkungen der Altschuldenregelung bei den Wohnungsgesellschaften sowie höhere Einkommen und eine steigende Beschäftigung sichern die Fortdauer der kräftigen Expansion.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich verlaufen: In Ostdeutschland werden den Gebietskörperschaften durch die Einbeziehung in den Länderfinanzausgleich zusätzliche finanzielle Mittel zugeführt, so daß mit einer anhaltenden Ausweitung der Bauinvestitionen gerechnet werden kann. Dagegen werden im Westen die öffentlichen Bauinvestitionen weiter vermindert, da die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte fortgesetzt wird.

Exporte steigen weiterhin kräftig

Die deutschen Exporte, die infolge der weltweiten Konjunkturerholung bereits seit dem Frühjahr letzten Jahres aufwärtsgerichtet sind, nahmen zu Beginn des Jahres 1994 beschleunigt zu. Die deutschen Unternehmen weiteten bisher insbesondere die Ausfuhr von Grundstoffen und Produktionsgütern sowie die von Investitionsgütern kräftig aus. Der Export von Verbrauchsgütern, der bis zum Frühjahr 1994 wenig dynamisch verlief, zog im Sommerhalbjahr spürbar an.

Die Rahmenbedingungen für die deutsche Ausfuhr werden auch im kommenden Jahr günstig bleiben. Zwar dürfte sich das Tempo der wirtschaftlichen Expansion in den Vereinigten Staaten etwas verringern [Gern et al., 1994]. In Japan hingegen wird die gesamtwirtschaftliche Produktion wohl allmählich anziehen, und in Westeuropa, dem wichtigsten Absatzmarkt deutscher Produkte, wird die konjunkturelle Dynamik hoch bleiben. Anhaltend kräftige

Impulse für die deutschen Ausfuhren werden von den Wachstumsländern im südostasiatischen Raum ausgehen. Mit der fortdauernden Erholung der Weltkonjunktur und steigenden Rohstoffpreisen erhöhen sich zudem die Exporterlöse vieler Entwicklungsländer. Dies dürfte die Importnachfrage dieser Länder weiterhin beleben. Die Ausfuhren in die mittel- und osteuropäischen Reformländer, die bereits seit geraumer Zeit zunehmen, dürften im Prognosezeitraum fortgesetzt ausgeweitet werden. Mit der steigenden Produktion und der notwendigen Erneuerung des Kapitalstocks in diesen Ländern eröffnen sich zunehmend absorptionsfähige Absatzmärkte. Daraus werden deutsche Anbieter schon aufgrund der räumlichen Nähe, aber auch wegen ihrer intensiven Bearbeitung der osteuropäischen Märkte Nutzen ziehen. So erhöhte sich der Anteil der osteuropäischen Länder an den deutschen Ausfuhren von 5,6 vH im Jahr 1992 auf 7,1 vH im Jahr 1993. Dagegen stieg der Anteil der osteuropäischen Länder an den Exporten des Vereinigten Königreichs sowie Italiens in diesem Zeitraum nur geringfügig von 1,5 auf 1,8 vH bzw. von 3,7 auf 4 vH; der Anteil der osteuropäischen Länder an den Exporten Frankreichs blieb sogar unverändert.

Die ostdeutschen Exporte, die nach der Vereinigung drastisch zurückgegangen waren, haben in diesem Jahr leicht zugenommen. Im nächsten Jahr wird sich die aufwärtsgerichtete Tendenz fortsetzen. So sind ostdeutsche Produzenten infolge der umfangreichen Modernisierung des Kapitalstocks zunehmend in der Lage, wettbewerbsfähige Produkte anzubieten. Dabei erleichtert es die konjunkturelle Belebung in den westlichen Ländern vielen ostdeutschen Anbietern, deren Absatz bislang auf den inländischen Markt beschränkt war, ihre Produkte auch im Ausland zu verkaufen. Als Problem für das Eindringen in Exportmärkte erweisen sich häufig die unzureichenden Marketingkenntnisse sowie mangelnde Markterfahrungen. Darüber hinaus ist es für ostdeutsche Unternehmen vielfach angesichts der hohen Anforderungen an Lieferfähigkeit und Kontinuität der Produktqualität noch immer schwierig, mit ihren Erzeugnissen in die Vertriebsnetze überregionaler Abnehmer aufgenommen zu werden. Die wirtschaftliche Belebung im Ausland wirkt sich aber auch indirekt auf die ostdeutschen Anbieter aus; so werden viele in ostdeutschen Betriebsstätten hergestellte Vorerzeugnisse von westdeutschen Unternehmen bei der Herstellung von Exportprodukten verwendet.

Infolge umfangreicher Rationalisierungsmaßnahmen sowie moderater Lohnsteigerungen haben die deutschen Unternehmen die Lohnstückkosten kräftig gesenkt. Mit der spürbaren Ausweitung der Produktion und wohl weiterhin mäßigen Lohnzuwächsen dürfte im Prognosezeitraum von der Kostenseite her keine Verschlechterung der Preiswettbewerbsposition entstehen. Auch von der Wechselkursentwicklung insgesamt ist keine Belastung zu erwarten. So ist infolge der Straffung der amerikanischen Geldpolitik wohl eine etwas festere Notierung des Dollar wahrscheinlich. Im europäischen Währungsraum erwarten wir keine spürbare Aufwertung der D-Mark.

All das spricht – auch vor dem Hintergrund verbesserter Exporterwartungen der Unternehmen – für eine anhaltende Expansion der deutschen Ausfuhren, die ihren jeweiligen Vorjahreswert 1994 real um reichlich 7 vH und im Jahr 1995 um reichlich 8 vH übertreffen dürften.

Die westdeutschen Einfuhren, die in der ersten Jahreshälfte 1994 beschleunigt zunahmen, werden im Verlauf des kommenden Jahres auf deutlichem Expansionskurs bleiben. Maßgeblich hierfür ist die anhaltend lebhaftere Ausweitung der inländischen Nachfrage. Mit der sich beschleunigenden Investitionstätigkeit der Unternehmen werden vermehrt Investitionsgüter aus dem Ausland bezogen. Die Einfuhr von Verbrauchsgütern, die als Folge der rückläufigen Realeinkommen bislang kaum zunahm, wird wohl erst im Laufe des kommenden Jahres, wenn der Konsum sich nachhaltig belebt, etwas rascher steigen. Von der Erhöhung der deutschen Bezüge werden vor allem die Länder der Europäischen Union profitieren, aus denen knapp die Hälfte der deutschen Importe stammt. Auch die Wareneinfuhr aus den mittel- und osteuropäischen Ländern, die bereits seit längerem rasch zunimmt, wird im Verlauf des kommenden Jahres weiter steigen. Darin spiegelt sich die vermehrte Arbeitsteilung mit diesen Ländern wider. Die ostdeutschen Einfuhren werden in diesem und im nächsten Jahr aufwärtsgerichtet sein. Im kommenden Jahr dürfte der Einfuhrsog aber nicht mehr so stark wie in diesem zunehmen, weil ein deutlich größerer Teil der Nachfrage aus ostdeutscher Produktion gedeckt wird. Die Einfuhrpreise werden im Prognosezeitraum fortgesetzt anziehen. Die konjunkturbedingt vermehrte Nachfrage nach Rohstoffen wird deren Preise steigen lassen; zudem ergeben sich infolge der weltweiten Investitionskonjunktur zunehmende Preiserhöhungsspielräume für die Anbieter von Investitionsgütern. Insgesamt jedoch dürfte die Verteuerung der Einfuhren mit 3 vH im Jahr 1995 moderat bleiben.

Das Defizit in der Leistungsbilanz wird trotz des im Vergleich zum Vorjahr größeren Handelsbilanzüberschusses in diesem Jahr mit etwa 45 Mrd. DM deutlich höher ausfallen als im Jahr 1993. Ursächlich hierfür ist die ausgeprägte Passivierung im Dienstleistungsverkehr, die durch den markanten Wandel im Saldo der Kapitalerträge hervorgerufen wurde. Darin spiegelt sich wider, daß die Zinszahlungen an das Ausland außerordentlich kräftig gestiegen sind. Dazu hat neben dem Kapitalimport, der mit den Defiziten in der Leistungsbilanz seit 1991 verbunden war, auch der steuerlich motivierte Erwerb inländischer Wertpapiere heimischer Sparer über ausländische Banken beigetragen. Das Defizit in der Dienstleistungsbilanz dürfte sich infolge weiterhin hoher Kapitalertragszahlungen an das Ausland und steigender Ausgaben im Reiseverkehr im nächsten Jahr nochmals etwas erhöhen. Allerdings wird infolge der spürbaren Exportausweitung zugleich der Überschuß in der Handelsbilanz zunehmen, und zwar deutlich. Per saldo wird das Defizit in der Leistungsbilanz im Jahr 1995 mit etwa 35 Mrd. DM wohl spürbar niedriger sein als in diesem Jahr.

Schwache Zunahme des Konsums

Ähnlich wie zu Beginn des Aufschwungs am Anfang der achtziger Jahre ist die Expansion des privaten Konsums auch im bisherigen Verlauf dieses Aufschwungs deutlich hinter der Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zurückgeblieben. In einer solchen Konjunkturphase nehmen die Einkommen der Haushalte erfahrungsgemäß nur wenig zu, da die Tariflohnerhöhungen niedrig sind und die Zahl der Beschäftigten noch zurückgeht. In diesem Jahr

kam hinzu, daß Steuern und Sozialabgaben beträchtlich erhöht wurden. Gleichwohl hat sich der reale private Verbrauch 1994 in den alten Bundesländern gegenüber dem Niveau im Vorjahr um rund 1 vH erhöht; in den neuen Bundesländern dürfte der Zuwachs wegen der größeren Einkommensteigerungen bei 4 vH liegen. Dazu hat beigetragen, daß die Haushalte die Sparneigung deutlich reduziert haben.

An der unterdurchschnittlichen Expansion des privaten Verbrauchs wird sich auch im kommenden Jahr insgesamt wenig ändern. In den alten Bundesländern nimmt die Bruttolohn- und -gehaltssumme angesichts leicht höherer Tariflohnanhebungen sowie einer wieder zunehmenden Zahl von Beschäftigten zwar deutlich rascher zu als 1994, durch die Einführung des Solidaritätszuschlags ergibt sich bei den Nettolöhnen jedoch nur ein geringer Zuwachs. In den neuen Bundesländern werden die Nettolöhne mit einer Rate von rund 5 vH ähnlich stark wie in diesem Jahr expandieren. Die Zunahme der Transfereinkommen wird im Westen wie im Osten moderat bleiben. Dagegen steigen die Gewinnentnahmen und die Vermögenseinkommen erneut deutlich. Zudem wird die Kaufkraft der privaten Haushalte durch Preisniveauerhöhungen etwas weniger gedämpft als in diesem Jahr. Anders als 1994 wird sich im kommenden Jahr freilich die Sparneigung nicht verringern. Zwar vergrößert sich mit der fortschreitenden konjunkturellen Erholung einerseits die Verschuldungsbereitschaft der Haushalte, andererseits gehen jedoch von den gestiegenen Zinsen Anreize aus, die Kapitalbildung zu verstärken. Wir haben in der Prognose eine weitgehend konstante Sparquote unterstellt. Alles in allem ergibt sich 1995 für den privaten Verbrauch in den alten Bundesländern wie in diesem Jahr ein Zuwachs von reichlich 1 vH. In den neuen Bundesländern wird die Zuwachsrate wegen der weiterhin rascher steigenden Einkommen etwas höher sein; mit 2,5 vH fällt sie gleichwohl geringer als im Vorjahr aus.

Leichte Verschlechterung des Preisklimas im Verlauf des Jahres 1995

Das Tempo des Verbraucherpreisanstiegs – bereinigt um Verbrauchsteuererhöhungen – hat sich seit Anfang 1993 zurückgebildet; zum Ende des Jahres 1994 betrug die laufende Jahresrate rund 2 vH; die jährliche Teuerungsrate ermäßigte sich auf rund 2,5 vH. Auf der Erzeugerstufe weist der Preistrend dagegen bereits wieder nach oben; die Abgabepreise der westdeutschen Industrie erhöhten sich in den letzten Monaten mit einer laufenden Jahresrate von 1 vH; zuvor hatten sie stagniert bzw. waren sogar gesunken. Befragungen der Unternehmen signalisieren für die kommenden Monate eine weitere Beschleunigung des Preisauftriebs. Maßgeblich für die Wende bei den Preisen für Industriegüter war neben der Verbesserung der Konjunktur im Inland vor allem die Preisentwicklung auf den internationalen Märkten. Im Zuge der weltweiten Konjunkturerholung haben insbesondere die Preise für Industrierohstoffe kräftig angezogen, die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar konnte dies nur zum Teil kompensieren.

Bei anhaltendem Aufschwung der Weltwirtschaft dürften die Rohstoffpreise – auf Dollarbasis wie in D-Mark gerechnet – im kommenden Jahr weiter nach

oben tendieren. Der Anstieg der Importpreise wird im Jahr 1995 mit rund 3 vH deutlich höher ausfallen als in diesem Jahr. Zudem trüben im kommenden Jahr binnenwirtschaftliche Faktoren das Preisklima. Bei fortgesetzter Nachfragebelebung und deutlich größerer Kapazitätsauslastung verstärkt sich erfahrungsgemäß die Neigung der Unternehmen, ihre Abgabepreise anzuheben. Dahinter steht nicht nur das Bemühen der Unternehmen, die im Zuge der Rezession geschrumpften Gewinnmargen auszuweiten, sondern auch eine weniger günstige Kostenentwicklung. Steigende Zinsen verteuern den Kapitaleinsatz, und die Lohnstückkosten, die in diesem Jahr gesunken sind, werden in den alten Bundesländern 1995 voraussichtlich etwas höher liegen.

Trotz der zu erwartenden leichten Beschleunigung des Preisauftriebs im Verlauf des kommenden Jahres wird der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung in den alten Bundesländern im Durchschnitt des kommenden Jahres mit rund 2,5 vH niedriger als in diesem Jahr (3 vH) sein. Die Zunahme der Verbraucherpreise im Vorjahresvergleich wird zu Beginn des Jahres 1995 auf eine Rate von reichlich 2 vH sinken, gegen Ende des nächsten Jahres dürfte sie jedoch fast 3 vH erreichen. In den neuen Bundesländern wird der Preisauftrieb 1995 wegen der Anhebung der Mieten im Zuge der Einführung des Vergleichsmietensystems abermals etwas höher liegen als in den alten Bundesländern.

Ausblick: Verstärkter Produktionsanstieg

Nach einem Anstieg um knapp 3 vH im Jahr 1994 wird der Anstieg des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1995 etwas höher ausfallen. Für die alten Bundesländer ist angesichts der verstärkten Investitionsdynamik und der wieder steigenden Zahl der Beschäftigten mit einem etwas rascheren konjunkturellen Tempo zu rechnen. Dabei wird es im ersten Quartal des Jahres freilich wegen der zu Jahresbeginn wirksam werdenden beträchtlichen Abgabenerhöhungen und wegen des Vorziehens von Bauinvestitionen in das vierte Quartal dieses Jahres zu einer vorübergehenden Abschwächung kommen. Im Durchschnitt des Jahres 1995 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 3 vH höher sein als in diesem Jahr (Tabelle 1).

In den neuen Bundesländern wird sich der Aufholprozeß 1995 in hohem Tempo fortsetzen. Der Produktionszuwachs im Verarbeitenden Gewerbe wird angesichts der anhaltenden Modernisierung, der fortschreitenden Ausweitung der Produktionsanlagen sowie der zusätzlichen Impulse, die die ostdeutsche Wirtschaft von der Konjunkturbelebung im Westen erhält, kräftig sein. Von der Aufwärtstendenz im Industriebereich profitieren zunehmend die produktionsnahen Bereiche des Dienstleistungssektors sowie der Großhandel und der Güterverkehr. Insgesamt dürfte der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1995 mit rund 10 vH etwas höher als in diesem Jahr (9 vH) ausfallen (Tabelle 2).

Mit der konjunkturellen Belebung wird das Budgetdefizit des Staates bereits im Jahr 1994 mit 155 Mrd. DM niedriger sein als im Vorjahr (178 Mrd. DM) (Tabelle 3). Für das kommende Jahr ist ein weiterer spürbarer Rückgang des Budgetsaldos auf rund 110 Mrd. DM zu erwarten, das entspricht rund 3 vH des

Tabelle 1 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland 1992–1995

	1993	1992	1993	1994 ¹	1995 ¹
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH			
Privater Verbrauch	1588,9	6,0	3,4	4,0	3,5
Staatsverbrauch	508,5	7,8	1,1	1,5	3,5
Anlageinvestitionen	551,8	4,2	-6,0	3,5	6,5
Ausrüstungsinvestitionen	213,3	-2,4	-17,2	-0,5	12,0
Bauinvestitionen	338,5	10,0	2,8	6,0	3,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	-11,5	(-2,6)	(-11,5)	(11,0)	(23,0)
Ausfuhr	911,3	6,6	-2,3	7,5	9,5
Einfuhr	695,2	2,3	-6,4	7,5	10,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	216,0	(189,5)	(216,0)	(232,5)	(246,0)
Bruttoinlandsprodukt	2853,7	6,2	1,4	4,5	5,0
Bruttosozialprodukt	2842,8	5,7	0,8	4,0	4,5
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1991					
Privater Verbrauch	1483,0	2,2	0,2	1,0	1,0
Staatsverbrauch	479,7	4,0	-1,2	0,0	1,0
Anlageinvestitionen	518,0	0,3	-8,3	2,5	4,5
Ausrüstungsinvestitionen	208,3	-4,2	-17,6	-1,0	10,0
Bauinvestitionen	309,7	4,3	-0,8	4,5	1,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	-7,0	(-0,5)	(-7,0)	(11,0)	(23,0)
Ausfuhr	893,0	5,4	-3,2	7,0	7,5
Einfuhr	718,2	4,4	5,3	7,0	7,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	174,8	(164,1)	(174,8)	(188,0)	(203,0)
Bruttoinlandsprodukt	2648,6	1,8	-1,7	2,5	3,0
Bruttosozialprodukt	2639,0	1,2	-2,3	2,0	2,5
Preisniveau des Bruttoinlandsprodukts	1991 = 100				
Privater Verbrauch	107,1	3,8	3,2	3,0	2,5
Ausrüstungsinvestitionen	102,4	1,9	0,5	0,5	2,0
Bauinvestitionen	109,3	5,5	3,6	1,5	2,0
Ausfuhr	102,0	1,1	0,9	0,5	2,0
Einfuhr	96,8	-2,0	-1,2	0,5	3,0
Bruttoinlandsprodukt	107,7	4,4	3,2	2,5	2,0
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1991	Mrd. DM				
Arbeitsvolumen	-	1,7	-3,3	-1,0	0,0
Produktivität	-	0,0	1,6	3,5	3,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2129,2	4,8	-0,5	3,5	5,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	593,3	1,0	-5,4	10,0	8,5
Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit	1535,9	6,4	1,5	1,5	3,0
in vH des Volkseinkommens	-	70,7	72,1	70,5	69,5
Lohnkosten je Produkteinheit ²	-	4,7	3,4	-0,5	0,5
Arbeitslose (Mill.)	-	1,81	2,27	2,56	2,48
Erwerbstätige ³ (Mill.)	-	29,45	28,99	28,65	28,77
Beschäftigte Arbeitnehmer ³ (Mill.)	-	26,39	25,93	25,59	25,72

¹ Prognose; auf halbe Prozentpunkte gerundet. - ² Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. - ³ Inlandskonzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt [1994]; eigene Schätzungen.

Tabelle 2 - Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland 1992-1995

	1993	1992	1993	1994 ¹	1995 ¹
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH			
Privater Verbrauch	243,3	21,7	11,3	7,5	5,5
Staatsverbrauch	114,6	25,3	4,2	5,5	5,0
Anlageinvestitionen	150,0	37,3	18,7	19,5	19,5
Ausrüstungsinvestitionen	50,3	11,5	7,9	8,5	10,5
Bauinvestitionen	99,7	58,8	25,0	25,0	23,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM) ...	4,2	(-2,5)	(4,2)	(9,0)	(4,5)
Ausfuhr	54,9	11,4	5,4	17,0	21,0
Einfuhr	261,6	23,9	6,0	9,5	7,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	-206,7	(-194,8)	(-206,7)	(-222,5)	(-231,0)
Bruttoinlandsprodukt	305,4	27,5	16,3	14,0	12,0
Bruttosozialprodukt	314,8	27,8	15,1	13,0	11,5
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1991					
Privater Verbrauch	202,3	9,6	2,7	4,0	2,5
Staatsverbrauch	92,6	6,9	-1,2	2,0	1,5
Anlageinvestitionen	134,2	27,8	14,1	16,5	15,5
Ausrüstungsinvestitionen	48,8	9,0	7,0	7,5	8,5
Bauinvestitionen	85,4	43,4	18,5	21,0	19,0
Vorratsveränderung (Mrd. DM) ...	5,2	(3,7)	(5,2)	(9,0)	(4,5)
Ausfuhr	54,6	10,3	5,5	15,0	18,0
Einfuhr	253,8	21,3	5,0	9,0	4,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	-199,2	(-189,9)	(-199,2)	(-213,5)	(-214,5)
Bruttoinlandsprodukt	235,0	7,8	5,8	9,0	10,0
Bruttosozialprodukt	243,5	8,5	4,9	8,5	9,5
Preisniveau des Bruttoinlandsprodukts	1991 = 100				
Privater Verbrauch	120,3	11,0	8,4	3,5	3,0
Ausrüstungsinvestitionen	103,1	2,2	0,8	1,0	2,0
Bauinvestitionen	116,8	10,7	5,5	3,0	3,5
Ausfuhr	100,6	0,8	-0,1	2,0	2,5
Einfuhr	103,1	2,2	0,9	0,5	3,0
Bruttoinlandsprodukt	130,0	18,2	9,9	4,5	2,0
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts	Mrd. DM				
Arbeitsvolumen	-2,4	-2,0	-0,5	0,5
Produktivität	10,2	7,8	9,5	9,5
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	256,7	23,2	13,2	12,0	12,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	14,8
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	241,9	19,7	7,6	8,0	8,0
in vH des Volkseinkommens	99,1	94,2	91,0	87,5
Lohnkosten je Produkteinheit ²	11,9	3,2	0,0	-1,0
Arbeitslose (Mill.)	1,17	1,15	1,15	1,00
Erwerbstätige ³ (Mill.)	6,46	6,27	6,28	6,36
Beschäftigte Arbeitnehmer ³ (Mill.)	6,04	5,82	5,80	5,87

¹ Prognose; auf halbe Prozentpunkte gerundet. - ² Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. - ³ Inlandskonzept.

Quelle: Wie Tabelle 1.

Tabelle 3 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1992–1995

	1993	1992	1993	1994 ¹	1995 ¹
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH			
Privater Verbrauch	1832,2	7,8	4,4	4,5	4,0
Staatsverbrauch	623,0	10,6	1,7	2,5	4,0
Anlageinvestitionen	701,8	8,8	-1,6	7,0	10,0
Ausrustungsinvestitionen	263,6	-0,5	-13,3	-1,0	11,5
Bauinvestitionen	438,2	17,0	7,1	10,5	8,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	-7,3	(-0,0)	(-7,3)	(20,0)	(27,5)
Ausfuhr ²	682,0	0,9	-5,4	8,0	9,5
Einfuhr ²	672,7	1,1	-7,3	8,0	9,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	9,3	(-5,2)	(9,3)	(10,0)	(15,0)
Bruttoinlandsprodukt	3159,1	7,8	2,7	5,5	5,5
Bruttosozialprodukt	3157,6	7,3	2,1	5,0	5,5
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1991					
Privater Verbrauch	1685,3	3,0	0,5	1,5	1,5
Staatsverbrauch	572,3	4,5	-1,2	0,5	1,0
Anlageinvestitionen	625,2	4,2	-4,5	5,0	7,0
Ausrustungsinvestitionen	257,1	-2,4	-13,8	0,5	9,5
Bauinvestitionen	395,2	9,9	2,8	8,0	5,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	-1,8	(3,2)	(-1,8)	(20,0)	(27,5)
Ausfuhr	671,9	0,2	-6,2	7,0	8,0
Einfuhr	696,3	3,3	-6,1	7,0	6,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	-24,4	(-25,9)	(-24,4)	(-25,5)	(-12,0)
Bruttoinlandsprodukt	2883,6	2,2	-1,1	3,0	3,5
Bruttosozialprodukt	2882,5	1,6	-1,7	2,5	3,5
Preisniveau des Bruttoinlandsprodukts 1991=100					
Privater Verbrauch	108,7	4,6	3,9	3,0	2,5
Bruttoinlandsprodukt	109,6	5,5	3,9	2,5	2,0
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts					
Arbeitsvolumen	56,9	4,2	-2,1	-1,5	0,0
Produktivität	·	-2,0	1,0	4,5	3,5
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2386,0	6,3	0,8	4,5	5,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	608,1	1,9	-3,4	11,5	10,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1777,8	8,0	2,3	2,5	4,0
in vH des Volkseinkommens	·	73,4	74,5	73,0	71,5
Lohnkosten je Produkteinheit ³	·	6,0	3,8	-0,5	0,5
Arbeitslose (Mill.)	·	2,98	3,42	3,70	3,48
Erwerbstätige ⁴ (Mill.)	·	35,91	35,26	34,93	35,13
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴ (Mill.)	·	32,43	31,75	31,39	31,59
Finanzierungssaldo des Staates ⁵					
Mrd. DM)	·	-159	-178	-155	-110
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	·	-34,4	-33,2	-45	-35

¹ Prognose; auf halbe Prozentpunkte gerundet. – ² Um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. – ³ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – ⁴ Inlandskonzept. – ⁵ In der Abgrenzung der Finanzstatistik, einschließlich Treuhandanstalt; volle Berücksichtigung der Gewinnablieferung der Bundesbank als Einnahme des Bundes.

gesamtdutschen Bruttoinlandsprodukts. Maßgeblich für die Abnahme des Defizits sind neben der anhaltend günstigen Konjunktur die erneuten Erhöhungen von Abgaben.

Arbeitsmarkt: Zusätzliche Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungssektor

Die Beschäftigung in Westdeutschland schwankt zyklisch geprägt sehr stark, in den einzelnen Bereichen der Wirtschaft jedoch in unterschiedlichem Maße. Im Dienstleistungssektor ändert sie sich im Zyklus nicht nur vergleichsweise wenig, sie ist in jeder der Rezessionen seit 1970 sogar gestiegen (Schaubild 4). In der zurückliegenden Rezession wurde die Beschäftigung recht kräftig ausgeweitet, der Anstieg dürfte sich im Zuge des Aufschwungs leicht beschleunigen.

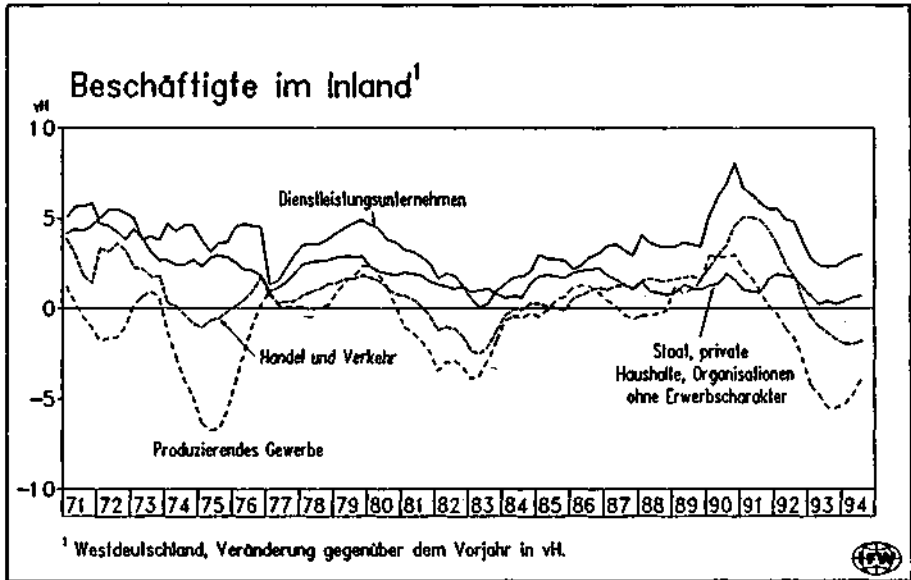
Die Zahl der im Produzierenden Gewerbe Beschäftigten sinkt langfristig. Maßgeblich hierfür ist, daß die Nachfrage nach den von diesem Sektor produzierten Gütern in bezug auf das Einkommen insgesamt weniger elastisch ist als die Nachfrage nach anderen Gütern. Der Strukturwandel im Produzierenden Gewerbe vollzieht sich schubweise. Während die Beschäftigung in Aufschwüngen verglichen mit der Beschäftigung in anderen Sektoren wenig zunimmt, bricht sie in Abschwüngen stark ein. Es besteht offenbar ein Entlassungsdruck, der sich vor allem in Abschwüngen entlädt. Im Boom erzielen nämlich sogar solche Unternehmen rentierliche Preise und können die Zahl ihrer Beschäftigten aufrechterhalten, die langfristig nicht wettbewerbsfähig sind. Im Zuge der zurückliegenden Rezession ist die Zahl der im Produzierenden Gewerbe Beschäftigten um 1,2 Millionen gesunken. Mittlerweile schätzen die Unternehmen die künftige Beschäftigungsentwicklung jedoch deutlich weniger pessimistisch ein als noch zu Jahresbeginn; der Rückgang der Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe dürfte 1995 zum Stillstand kommen.

Die Beschäftigungsentwicklung im Sektor Handel und Verkehr ähnelt wegen der großen Konjunkturabhängigkeit des Güterverkehrs der im Produzierenden Gewerbe. Die Zahl der im Handels- und Verkehrssektor Beschäftigten schwankt jedoch weniger als die im Produzierenden Gewerbe, weil die Beschäftigungsentwicklung im Handel vom vergleichsweise stabilen privaten Konsum geprägt wird. Da der Konsum bedingt durch Abgabenerhöhungen im kommenden Jahr lediglich moderat expandiert, dürfte die Beschäftigung im Handel im Jahresverlauf nur wenig zunehmen.

Die Zahl der beim Staat (inklusive private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter) Beschäftigten wurde in den siebziger Jahren vor allem aus beschäftigungspolitischen Gründen stark ausgeweitet, seither steigt die Beschäftigung nur noch wenig. Wegen anhaltend hoher Defizite in den öffentlichen Haushalten wird der Staat auch im kommenden Jahr seine Nachfrage nach Arbeitskräften vermutlich tendenziell verringern.

Insgesamt wird die Beschäftigung zunächst nur moderat zunehmen, da die Unternehmen Produktivitätsreserven nutzen und mehr Überstunden ansetzen. Vor allem in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres wird der Beschäftigungsaufbau jedoch an Schwung gewinnen. Im Durchschnitt des kommenden

Schaubild 4



Jahres wird die Zahl der Beschäftigten um 0,5 vH über dem diesjährigen Niveau liegen. Maßgeblich dafür ist, daß sich die wirtschaftliche Aktivität kräftig ausweit und die Reallöhne je Beschäftigten in der Grundtendenz stagnieren. Bei nur noch wenig steigendem Arbeitskräfteangebot wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahr 1995 bei knapp 2,5 Millionen liegen, das ist gegenüber dem Stand im Vorjahr ein Rückgang um 75 000 Personen.

In Ostdeutschland hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt zuletzt spürbar gebessert. Im dritten Quartal lag die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt um 100 000 unter dem Niveau im zweiten Vierteljahr. Im Zuge der kräftig expandierenden Produktion fragten die Unternehmen – erstmals seit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion – mehr Arbeitskräfte nach. Zudem wurden die Mittel zur Arbeitsbeschaffung erheblich aufgestockt. Trotz des hohen Produktionszuwachses wird die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt des kommenden Jahres lediglich rund 1 vH zunehmen. Die Unternehmen sind wegen des hohen Lohnniveaus gezwungen, ihre Produktivität kräftig zu steigern; die Lohnstückkosten in Ostdeutschland liegen noch immer deutlich über dem Niveau im Westen. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Durchschnitt des kommenden Jahres gleichwohl um rund 150 000 geringer sein als in diesem Jahr.

Risiken für einen langanhaltenden Aufschwung

Seit Jahresbeginn haben sich die langfristigen Zinsen in Deutschland um rund 2 Prozentpunkte erhöht. Dies ist außer auf die weltweit steigende Kapitalnachfrage vermutlich auch darauf zurückzuführen, daß die Anleger am Kapitalmarkt

befürchten, die Inflation werde bald wieder eine steigende Tendenz aufweisen. Während eine weltweite Zunahme der Realzinsen hingenommen werden muß, kann die Bundesbank den Risikozuschlag verringern, der aus der Unsicherheit über die künftige Preisentwicklung resultiert. Dies läßt sich am besten erreichen, indem die Notenbank eine potentialorientierte Geldmengenpolitik betreibt. Wie empirische Untersuchungen zeigen [Krämer, Scheide, 1994], besteht auch nach der deutschen Vereinigung ein enger Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisen. Die Bundesbank sollte daher nicht zögern, im kommenden Jahr ihre Leitzinsen anzuheben, wenn – was wir für wahrscheinlich halten – nur so die Ausweitung der Geldmenge in einem Zielkorridor von 5 bis 7 vH gehalten werden kann.¹ Höhere kurzfristige Zinsen sind nach unserer Meinung kein Risiko für den Fortgang des Aufschwungs, im Gegenteil: sie wären ein Beitrag zu seiner Verstetigung. Hat sich die Inflation nämlich erst einmal beschleunigt, dann ist eine ausgeprägte monetäre Bremsaktion mit hohen gesamtwirtschaftlichen Kosten vonnöten, um den Preistrend wieder umzukehren.

Die Tarifparteien im Westen haben in diesem Jahr durch maßvolle Lohnanhebungen dazu beigetragen, daß die Gewinne gestiegen sind. Mit der verbesserten Sachkapitalrendite ist eine spürbare Belebung der Investitionstätigkeit in Gang gekommen, und der Rückgang der Beschäftigung ist zu Ende gegangen. Für das nächste Jahr ist erstmals wieder eine leichte Zunahme der Zahl der Beschäftigten zu erwarten. Damit die Arbeitslosigkeit nachhaltig verringert werden kann, bedarf es freilich einer Lohnzurückhaltung über mehrere Jahre wie beispielsweise in den achtziger Jahren: Damals sind im Zeitraum von 1985 bis 1990 rund 2 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. In den neuen Bundesländern hat sich in diesem Jahr die Angleichung der Tariflöhne an das im Westen gezahlte Niveau – wenn auch in verringertem Tempo – fortgesetzt, obwohl die Arbeitsproduktivität noch immer deutlich niedriger ist. Anders als im Westen hat die Lohnpolitik nicht zu der hohen Investitionsdynamik beigetragen, diese ist allein auf umfangreiche staatliche Hilfen zurückzuführen. Damit im Osten eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen entsteht, die auch ohne staatliche Unterstützung wettbewerbsfähig sind, sollte die Anpassung der Tariflöhne an das westdeutsche Niveau vorerst ausgesetzt werden. Höhere Gewinne sollten in West- wie in Ostdeutschland bei den bevorstehenden Lohnrunden keinesfalls zum Anlaß genommen werden, die Löhne deutlich rascher als bisher anzuheben. Die Geldpolitik würde ein Überwälzen steigender Arbeitskosten in Preiserhöhungen wohl kaum zulassen; ein Abschöpfen der Gewinne wäre daher mit einer spürbaren Beeinträchtigung der Investitionstätigkeit und damit auch mit einem Nachlassen der konjunkturellen Auftriebskräfte verbunden.

Der internationale Standortwettbewerb hat sich in den letzten Jahren deutlich verstärkt. Viele Länder in Mittel- und Osteuropa, in Lateinamerika und in Asien sind durch ihre Öffnung für ausländische Investoren attraktiv geworden. Mit den sinkenden Informations- und Kommunikationskosten fällt es den Unternehmen zunehmend leichter, standardisierte Produktionsverfahren, die vergleichs-

¹ Zur Ableitung des aus stabilitätspolitischen Gesichtspunkten zu vertretenden Geldmengenwachstums vgl. Boss et al. [1994, S. 32].

weise geringe Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte stellen, zu verlagern. Soll vermieden werden, daß sich im Zuge des strukturellen Wandels der deutschen Wirtschaft die Arbeitslosigkeit weiter erhöht, dann bleibt als Ausweg kurzfristig nur eine verstärkte Differenzierung der Löhne nach Qualifikationen, Branchen und Regionen. Alternative Strategien, wie beispielsweise eine Anpassung des Qualifikationsprofils der vom Strukturwandel betroffenen Arbeitskräfte, brauchen erfahrungsgemäß mehr Zeit.

Finanzpolitik: Vorrang für Steuersenkungen

Von der Finanzpolitik hängt es in hohem Maße ab, wie rasch das Wachstum der Wirtschaft in den kommenden Jahren sein wird. Über den richtigen Kurs wird seit langem heftig gestritten. Die einen meinen, die drastische Steuererhöhung im Jahr 1995 sei notwendig, um das Budgetdefizit des Staates zu verringern. Es sei „ein konsequenter Konsolidierungskurs erforderlich, um die Inanspruchnahme knappen Kapitals durch die öffentliche Hand abzubauen und damit ... Zinssenkungsspielräume zu schaffen, die die Rentabilität privater Investitionen erhöhen“ [Waigel, 1993]. Ohne eindeutigen Vorrang für den Defizitabbau sei sogar mit höheren Kapitalmarktzinsen zu rechnen [Köhler, 1994]. Die anderen argumentieren [Boss et al., 1994; Arbeitsgemeinschaft, 1994], Staatsausgaben sollten gekürzt und die Steuern gesenkt, jedenfalls nicht erhöht werden. Wenn dabei das Budgetdefizit 1995 und möglicherweise 1996 höher ausfalle als sonst, so sei das unbedenklich, weil bei niedrigerer Staatsquote und geringerer Abgabenbelastung das Wachstum der Wirtschaft kräftiger sei, das Steueraufkommen rascher steige und der Anstieg der Sozialausgaben gebremst werde, weil also letztlich auch eine Verringerung des Budgetdefizits erreicht werde, zumal eine aufgrund von Steuersenkungen entstandene Ausweitung des Defizits die Ausgabendisziplin stärke. Die Frage, welche finanzpolitische Strategie besser ist, läßt sich letztlich nur anhand der Erfahrung beantworten.

Empirische Untersuchungen für eine große Zahl von Ländern [Engen, Skinner, 1992; Heitger, 1993] zeigen, daß eine Erhöhung der Steuerquote zur Finanzierung zusätzlicher Staatsausgaben die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts verringert. Werden dagegen die Staatsausgabenquote und die Abgabenquote – wie in der Bundesrepublik Deutschland in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre – gesenkt, dann nimmt die Wachstumsrate zu. Demgegenüber sind die Wachstumseffekte einer Verringerung des Budgetdefizits bei gegebenen Staatsausgaben gering. Dies spricht für die von uns präferierte finanzpolitische Konzeption.

Gegen Steuersenkungen und für die Beibehaltung der drastischen Erhöhung der Steuern im Jahr 1995 wird auch vorgebracht, daß es, wie auch immer die Wachstumseffekte unterschiedlicher finanzpolitischer Konzeptionen zu beurteilen seien, eine Alternative zu einer forcierten Verringerung des Budgetdefizits des Staates nicht gebe. Ohne höhere Steuern würden zwei Kriterien, die im Vertrag von Maastricht als Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion vorgesehen sind, nicht erfüllt, nämlich das Defizitkriterium (3 vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts) und das Schuldenstandskrite-

Tabelle 4 – Budget des Staates¹ in den Jahren 1994 bis 1998 bei unterschiedlichen finanzpolitischen Strategien (Mrd. DM)

	1994	1995	1996	1997	1998
	Wahrscheinlicher Kurs				
Steuern	806	886	922	980	1 040
Sonstige Einnahmen	762	786	830	873	912
Insgesamt	1 568	1 672	1 752	1 853	1 952
Ausgaben	1 695	1 758	1 830	1 906	1 992
Budgetsaldo	-127	-86	-78	-53	-40
in vH des Bruttoinlandsprodukts ..	-3,8	-2,4	-2,1	-1,4	-1,0
Öffentliche Schulden ² in vH des Bruttoinlandsprodukts	58,7	59,1	58,8	57,9	56,8
	Alternativer Kurs (Verzicht auf die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags)				
Budgetsaldo in vH des Bruttoinlandsprodukts	·	-3,1	-2,6	-1,7	-1,2
Öffentliche Schulden ² in vH des Bruttoinlandsprodukts	·	59,5	59,4	58,7	57,6

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; 1994 einschließlich der Treuhandanstalt. – ² Jahresende

Quelle: Eigene Berechnungen und Schätzungen.

rium (60 vH). Blicke es dagegen bei dem gegenwärtigen Kurs der Finanzpolitik einschließlich der für 1996 geplanten Maßnahmen (Freistellung des Existenzminimums bei der Einkommensbesteuerung, verbunden mit einer Nettoentlastung um 15 Mrd. DM; aufkommensneutrale Abschaffung der Gewerbesteuer im Westen und Senkung der Gewerbeertragsteuer), so würde sich das Budgetdefizit des Staates in den nächsten Jahren auf weniger als 3 vH belaufen; auch das Schuldenstandskriterium wäre erfüllt.

Nach unserer Einschätzung wird das Budgetdefizit des Staates bei der wahrscheinlichen wirtschaftlichen Entwicklung in Verbindung mit den absehbaren wirtschaftspolitischen Maßnahmen von 3,8 vH im Jahr 1994 auf 2,1 vH im Jahr 1996 (Tabelle 4) sinken.² Der Schuldenstand dürfte 1995 und 1996 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt rund 59 vH betragen. Bei einem Verzicht auf die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags (oder bei einer vergleichbaren Steuersenkung) läge das Budgetdefizit 1995 mit großer Wahrscheinlichkeit über dem kritischen Wert von 3 vH, aber schon 1996 würde dem Maastricht-Kriterium trotz der beabsichtigten Freistellung des Existenzminimums bei der Einkommensbesteuerung Genüge getan. Der (relative) Schuldenstand des gesamten öffentlichen Sektors würde 1995 und 1996 knapp 60 vH betragen. Das Budget-

² Zur Begründung der Entwicklung der Relationen im Jahr 1996 und danach vgl. Boss [1994].

defizit des Bundes wäre freilich in den nächsten Jahren deutlich höher als im mittelfristigen Finanzplan unterstellt, wenn der Solidaritätszuschlag nicht erhoben würde; denn dieser Zuschlag steht allein dem Bund zu. Insofern wäre bei einem Verzicht auf die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags die Verteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden zu überprüfen.

Summary

Federal Republic of Germany: Upswing Continues

Economic activity in Germany is expanding markedly. In western Germany the cyclical upswing has gained momentum and has broadened in the course of 1994. In the third quarter real GDP rose at an annual rate of about 4 p.c.; in the first half of the year the respective rate was 2.5 p.c. Thus, capacity utilization in the overall economy has already increased for three consecutive quarters. According to the assessment of the companies in the manufacturing sector the actual utilization of plants is already above its long-term average. Economic recovery, which was first stimulated by increasing demand from abroad, is now additionally supported by a noticeable increase of domestic demand. In the course of the summer companies have raised their stocks perceptibly and have increased investment outlays. In the third quarter also private consumption increased substantially. Along with the recovery of output the labor market situation slightly improved. The decline of employment has come to an end in the fall of this year and unemployment declines already since spring. Consumer price inflation has slowed down to an annual rate of about 2 p.c. There are, however, some hints that inflation will pick up again: producer prices are rising since the middle of the year and companies expect stronger increases for the months to come.

In the new federal states the lively economic upswing has continued. This year, real GDP will increase by about 9 p.c. Like in western Germany the expansion is supported especially by the industrial sector. On a year-over-year basis, production in the manufacturing sector rose by 17.5 p.c. in the third quarter. The Eastgerman economy is fostered by the economic recovery in western Europe, which has improved sales prospects. Yet, the considerable expansion of economic activity is especially due to the progressing economic transformation. Comprehensive investment outlays and the rapid privatisation in past years are now increasingly paying off. In particular, many new plants have taken up production. Still the vivid investment activity is mainly due to massive public subsidisation. Despite the considerable increase in output the number of employees rose only slightly. The number of unemployed declined since spring and was about 165 000 persons lower than a year ago in October due also to a rising number of people in public labor market schemes.

Economic Policy Stimulates Activity

Cyclical indicators suggest that economic activity in Germany will continue to increase during the winter semester. Firms not only in western but for the first

time also in eastern Germany describe their current situation to be satisfactory. The future development is seen with optimism. In industry, order inflows have increased markedly. In the old federal states domestic orders are on a clear upward trend since spring 1994. Orders from abroad, which already started to rise at the beginning of 1993, continued to go up. In the new federal states domestic orders have expanded continuously. Orders from abroad showed substantial fluctuations, they have not yet increased significantly. Only in the Westgerman construction sector demand has declined in the course of 1994, after having risen markedly at the end of the previous year when special tax benefits were running out.

For the next year the underlying economic conditions remain favourable. The Bundesbank has lowered its interest rates until the mid of this year; the three-month money market rate decreased to a level of about 5 p.c. At the beginning of 1994, the yield curve was still slightly inverse; currently, bond yields are about 2 percentage points higher than money market rates. The development of monetary aggregates also indicates that monetary policy will stimulate domestic demand next year. The marked rise of bond yields in the course of the year mainly reflects the worldwide increase of the demand for capital and, to a smaller extent, an increase in expected inflation. The interest rate hike will not endanger the upswing next year as intensive restructuring and moderate wage increases have substantially improved the return on investment. After an increase of 2 p.c. this year, contractual wages in western Germany will rise by about 3 p.c. next year. In the new federal states wages will increase at about the same rate as 1994. Profits, therefore, are likely to improve further. Export prospects remain bright as the upswing in western Europe continues; only in North America the expansion will slow down somewhat. European demand will be particularly strong in capital goods which account for about half of German industrial exports.

Fiscal policy is likely to dampen overall demand next year. The solidarity tax – a 7.5 p.c. surcharge on the income tax – will be reintroduced and the property and insurance tax rate will be raised in order to lower budget deficits. Expenditures will continue to grow at a moderate pace.

In the new federal states investment activity remained strong. In 1994, 31 p.c. of total nominal domestic demand has been spent for investment purposes, compared to only 21 p.c. in the old federal states. Two thirds of gross fixed capital formation occur in the corporate sector. The rapid increase in the capital stock will reduce the spread between wages and productivity. For the first time since unification unit labor costs did not increase this year, next year they are likely to decline. This partly results from the lower pace at which Eastgerman wages are adjusted to the Westgerman level.

Outlook: Production Expands Faster

In the old federal states the upswing gains momentum in 1995. It will be driven by a more dynamic investment activity; although in the first quarter tax

increases will have a dampening effect. Overall production in 1995 will be close to 3 p.c. higher than a year before.

In the new federal states the catching-up-process will continue at a high pace in 1995. Industrial production will grow rapidly due to the expansion and the modernisation of the capital stock. Production-orientated services as well as the trade and transport sector will increasingly benefit from the improvement in the manufacturing sector. All in all, real GDP will be 10 p.c. higher than a year before after an increase of 9 p.c. in 1994.

Government sector budget deficits will decrease from 178 bill DM in 1993 to 155 bill DM in 1994. In 1995 the deficit will drop again to 110 bill DM, which is about 3 p.c. of GDP. The reduction of the deficit is due to the improvement in the business cycle and to higher tax rates.

Because of the recovery and low wage increases employment is going to rise again in 1995. The number of employed people in Germany will exceed its pre-year's level for the first time since unification and unemployment will decline. Higher demand and capacity utilisation as well as increasing raw material prices will lead to a slight acceleration of inflation in the course of the next year. However, for the year as a whole the increase of the consumer price index (2.5 p.c.) will be lower than in 1994.

Literaturverzeichnis

- ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHER FORSCHUNGSINSTITUTE E. V., Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1994. München 1994.
- BOSS, Alfred, Öffentliche Finanzen – Stand, mittelfristige Perspektiven und wirtschaftspolitische Ansatzpunkte. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 629, Mai 1994.
- , Jörg DÖPKE, Malte FISCHER, Jörg W. KRÄMER, Enno LANGFELDT, Klaus-Werner SCHATZ, „Zögerliche Erholung der Konjunktur“. Die Weltwirtschaft, 1994, S. 28–53.
- DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSTAG (DIHT), Wirtschaftslage und Erwartungen. Ergebnisse der DIHT-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Herbst 1994. Bonn 1994.
- ENGEN, Eric M., Jonathan SKINNER, Fiscal Policy and Economic Growth. National Bureau of Economic Research, Working Paper, Nr. 4223, Cambridge, Mass., Dezember 1992.
- GERN, Klaus-Jürgen, Klaus-Werner SCHATZ, Joachim SCHEIDE, Ralph SOLVEEN, „Lebhafter Aufschwung in den Industrieländern“, in diesem Heft.
- HEITGER, Bernhard, „Convergence, the 'Tax-State' and Economic Dynamics“. Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 129, H. 2, Tübingen 1993, S. 254–274.
- KLODT, Henning, Jürgen STEHN et al., Standort Deutschland: Strukturelle Herausforderungen im neuen Europa. Kieler Studien, 265, Tübingen 1994.
- KÖHLER, Horst, Auszug aus dem Pressegespräch anlässlich des Weltspartages 1994. Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 84, 9. November 1994.
- KRÄMER, Jörg W., Joachim SCHEIDE, Geldpolitik: Zurück zur Potentialorientierung. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 235, Juli 1994.
- RAHNEBERG, Helmut, Weiterhin hohes Niveau der ostdeutschen Industrieinvestitionen 1994. Konjunkturbericht Nr. 11/1994. Institut für Wirtschaftsforschung, Halle 1994.
- STATISTISCHES BUNDESAMT, Wirtschaft und Statistik. Stuttgart 1994.
- WAIGEL, Theo, „Ausgabendisziplin auf allen staatlichen Ebenen bleibt das Gebot der Stunde“. Handelsblatt, 31. Dezember 1993.